

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/402

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/620

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/750

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/817

zweite Lesung

Ich verweise zusätzlich auf die Vorlagen 13/421 und 13/444.

- (B) Bevor wir in die Beratungen einsteigen, gebe ich zunächst noch einige Hinweise: Das im Ältestenrat vereinbarte **Beratungsverfahren** mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan, allerdings mit folgenden Ausnahmen: das GFG, über das wir morgen nach Beratung über den Einzelplan 20 abstimmen, sowie der Einzelplan 05, über den wir ebenfalls erst morgen im Anschluss an den Einzelplan 15 abstimmen werden.

Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Die GesamtAbstimmung über den Haushaltsplan 2001 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 werden die Haushaltsberatungen heute Abend unterbrochen und morgen fortgesetzt. - Das waren die Hinweise.

Ich rufe **Nummer 1** auf:

(C)

Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/805 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/924 bis 13/929.

Zur Abstimmung verweise ich auf das, was ich eben gesagt habe. Sie wird morgen erst im Anschluss an den Einzelplan 15 erfolgen.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Schule

und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Eckhold das Wort.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen im Schulbereich haben wir als CDU-Fraktion mit der festen Absicht geführt, nach langer, manchmal quälender und uneinsichtiger Diskussion auf der Seite der Regierungskoalition von SPD und Grünen endlich gemeinsam etwas Positives für die Schulen durchsetzen zu wollen. Denn das, was die Regierung zurzeit hier tut, ist ohne Perspektive und ohne Vision.

(D)

Wir wollten in einem Sofortprogramm den unerträglichen Lehrermangel beseitigen und den hohen Unterrichtsausfall in allen Schulformen beenden.

Natürlich wissen wir auch, dass das Geld im Haushalt des Landes nicht beliebig vermehrbar ist. Doch die CDU war bereit - und die Versprechungen von SPD und Grünen im Wahlkampf waren ja gleich lautend -, der Schul- und Bildungspolitik erste Priorität einzuräumen. In der Verfolgung dieses Ziels sieht die Regierung wirklich alt aus.

Natürlich ist es schwierig, zum Teil sehr berechnete Forderungen in anderen Politikbereichen zurückzuweisen. Doch die CDU war bereit dazu und ist auch jetzt dazu bereit, durch eine 1,5%ige

(Dr. Heinz-Jörg Eckhold [CDU])

- (A) lineare Kürzung des Landespersonals - mit Ausnahme bei der Polizei und den Justizvollzugsbeamten - das Geld zur Verfügung zu stellen, das für zusätzliche 8.600 Lehrerstellen erforderlich ist.

(Zuruf von der SPD: Das ist erledigt!)

- Nein, das ist nicht erledigt. Wir wollen die Maßnahme "Geld statt Stellen" sofort umwandeln in 2.600 Aushilfsstellen, die als Vorgriffsstellen ausgewiesen werden können, und zusätzlich 1.350 Lehrer einstellen, um so eine 3%ige Stellenreserve zu bilden, mit der der Unterrichtsausfall vor Ort flexibel bekämpft werden kann.

(Zuruf von der SPD: Das wird er doch nicht! Das wissen wir doch!)

Wenn SPD und Grüne vor sich selbst ehrlich wären, dann würden sie zugeben müssen, dass das Programm "Geld statt Stellen" und auch der Stellenpool für die Primarstufe ein Flop waren.

(Brigitte Speth [SPD]: Nein!)

Hier muss es zu einer anderen Regelung kommen. Denn noch nie war der Unterrichtsausfall so groß und die Stimmung beim Lehrpersonal an den Schulen so schlecht wie zurzeit.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dieses macht deutlich: Der Sanierungsbedarf ist nicht nur bei Schulbauten auszumachen, sondern auch im strukturellen Bereich.

Ich muss die Argumente von eben nicht alle wiederholen. Doch wenn der Frust in den Schulen und bei den Eltern nicht inzwischen so groß wäre, dann, so glaube ich, hätten Sie auch jetzt nicht den Stufenplan "Verlässliche Schule 2001 bis 2005" vorgelegt. Sie haben allein dem Druck von außen nachgegeben.

Damit aber klar und deutlich wird, wodurch sich das Sofortprogramm der CDU für die Schulen von dem der Landesregierung unterscheidet, möchte ich die Eckpunkte unseres Programms wiederholen und unsere Änderungsanträge begründen.

Wir wollen zum Schuljahr 2001 eine 3%ige Stellenreserve mit 3.950 Stellen schaffen. Das Programm "Geld statt Stellen" soll zum Ende des Schuljahres 2000/2001 auslaufen. Zu diesen Punkten stellen wir unsere Änderungsanträge.

- Perspektivisch wollen wir dann in den Jahren 2002 und 2003 jeweils 1.350 Stellen, also insgesamt 2.700 Stellen, ausweisen. In den Jahren 2004 und 2005 wollen wir jeweils weitere 975 Stellen, insgesamt also 1.950 Stellen, neu besetzen, damit so dem Unterrichtsausfall und der Zunahme der Schüler in den Sekundarbereichen I und II begegnet werden kann. (C)

Das rot-grüne Konzept zur Behebung des Unterrichtsausfalls ist dagegen - das hat Fraktionsvorsitzender Rüttgers heute Mittag schon deutlich gemacht - eine Mogelpackung. Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, bekämpfen nicht die schlechte Lehrerversorgung an unseren Schulen heute, sondern Sie bedienen Ihre bereits beschlossenen politischen Projekte, sodass unter dem Strich lediglich 3.160 neue Stellen bis zum Jahre 2005 geschaffen werden. Das ist mit Blick auf die heutige Situation der Schulen zu wenig und damit für die Lehrer und Schüler unfair und ungerecht. Dadurch - das zeigt auch die Stellungnahme der GEW vom 7. März dieses Jahres - gehen NRWs Schulen weiter baden. Das heißt mit den Worten der GEW: NRW im Vergleich der Bundesländer auf hinteren Plätzen, Lehrkräftemangel in Naturwissenschaften, Englisch, Mathematik, künstlerischen und musischen Fächern, Schülerzahlen in den Sekundarstufen I und II steigen an, ohne dass es weitere Lehrer gäbe, Unterrichtsausfall und Qualität von Bildung sind gefährdet, NRW wird für den Lehrernachwuchs zum Billiglohnland, Gefährdung des Generationswechsels an NRWs Schulen. Diesen Aussagen der GEW ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Eine Schlussbemerkung noch: Wenn die CDU im Schulausschuss nach Ablehnung der CDU-Anträge den Anträgen von SPD und Grünen zur Aufstockung des Lehrpersonals um 800 Stellen zugestimmt hat, dann ist das geschehen, weil wir der dringenden Mangelbeseitigung in Teilbereichen z. B. bei den Realschulen und anderen Schulformen trotz des Fehlens eines Gesamtkonzepts unsere Zustimmung nicht versagen wollten. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu, damit die Misere in den Schulen sofort behoben wird. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Eckhold. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Degen das Wort. (D)

(A) **Manfred Degen** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe noch fünf Minuten Zeit, um zum Einzelplan 05 zu dem Bereich Schulen zu sprechen. Vieles ist gesagt worden, ja, fast alles ist gesagt worden. Aber man muss einige Dinge noch einmal herausheben, weil sie den vor uns liegenden Haushalt betreffen.

Zunächst einmal ist für uns das leitend gewesen, was wir als SPD-Fraktion im September 2000 in Dortmund beschlossen hatten, dass nämlich im Schulbereich keine Kürzungen vorgenommen werden sollen. Das haben wir in den Haushaltsanträgen berücksichtigt. Wir haben z. B. die Frage der Reisekosten bei Dienstreisen und Schulwanderungen geklärt und die Ansätze wieder auf den alten Stand gebracht.

Wir realisieren die 500 Stellen, die wir versprochen haben und von denen Herr Dr. Rüttgers im Vorfeld gesagt hat, das sei die Lehrerlüge; eigentlich müsste er sich jetzt im Nachhinein dafür entschuldigen. Diese Stellen sind im Haushalt für die Realschulen vorgesehen. Hier geht es um die Verkleinerung von Klassen. Zusätzlich sind 300 Stellen in den Haushalt eingestellt worden, von denen 150 die Hauptschulen, 75 die Gesamtschulen und 75 die Sonderschulen, angegliedert an das Zeitbudget, bekommen sollen. Mit diesen zusätzlichen Stellen sollen auch zusätzliche Programme bedient werden können, nämlich die Förderung der deutschen Sprache und berufsorientierende Maßnahmen in der Sekundarstufe. Wir haben den Ausbau der Ganztagsbetreuung, der bei uns ein Schwerpunkt ist, weiter vorangetrieben, indem wir 2,5 Millionen DM zusätzlich hineingegeben haben: 1,3 Millionen DM, um das Programm "13 plus", also die Nachmittagsbetreuung im Primarbereich, zu forcieren, und 1,2 Millionen DM für die Durchführung von Silentien. Insgesamt haben wir also in diesem Bereich eine Summe von 46,8 Millionen DM. Damit hier auch eine Kontinuität gewahrt wird, haben wir 32,4 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen eingebracht.

Neu ist die Zuweisung an die Gemeinden für die Förderung der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien. Hier haben wir den ursprünglichen Ansatz von 1,2 Millionen DM auf 2,4 Millionen DM verdoppelt. Aus dem Programm "Vorrang für Bildung" ist neben den 800 Stellen, die ich schon beschrieben habe, die Frage der höhe-

ren Besoldung für diejenigen abgesichert, die am Gymnasium und anteilmäßig an den Gesamtschulen die Voraussetzungen erfüllen. Hier kann man nicht mehr darüber reden, dass das Versprechen für eine ungewisse Zukunft seien, sondern das sind konkrete Maßnahmen, die wir in diesem Haushalt realisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Eines muss man auch noch zur Frage der Stellenanhebungen sagen. Herr Möllemann tat so, als könne man das in diesem Haushalt mit beschließen. Diejenigen, die nach A 12 besoldet sind, sind in einer bestimmten Laufbahn und müssten nach der jetzigen Rechtslage über das schwierige Verfahren des Laufbahnwechsels nach A 13 gebracht werden. Das ist ein aufwendiger Weg, den wir durch Änderung der Gesetzeslage vereinfachen wollen, sodass wir ab Januar 2002 nicht nur die notwendigen Stellen zur Verfügung stellen werden, sondern auch die rechtlichen Möglichkeiten für die Umgruppierung geschaffen haben werden.

Die F.D.P. hatte ihre Anträge sinnigerweise am Morgen der Schulausschusssitzung eingebracht, wodurch uns das Vergnügen einer intensiven Beschäftigung mit diesen Anträgen genommen worden ist. Bei der CDU - das haben wir jetzt auch von Herrn Dr. Eckhold gehört - ist die Wiedereinführung der Stellenreserve der große Reformansatz, und zwar zunächst einmal mit 3 %.

Wir haben dazu gerade gehört, dass vor zehn Jahren selbst Herr Reul gemerkt hatte, dass die Stellenreserve nichts bringt. Es ist ein bleibender Eindruck, dass es die stärksten Diskussionen über Unterrichtsausfall zu Zeiten der Stellenreserve und der meisten Lehrerstellen gab. Lassen Sie uns also gemeinsam darüber reden, wie man Unterrichtsausfall bekämpfen kann, aber bitte von Ihrer Seite nicht mit der stumpfsinnigen Forderung nach Wiedereinführung der Stellenreserve.

Eingehen möchte ich noch auf die Argumentationslinie, die anfangs von Dr. Rüttgers gefahren worden ist. Sie arbeiten immer mit Halbwahrheiten. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Bei den Kürzungen haben Sie ausgeführt: Kürzung im Grundschulbereich um eine Stunde Religionsunterricht. - Das ist die halbe Wahrheit; denn diese Stunde ist den Grundschulen in einer zusätzli-

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

- (A) chen Stunde Mathematik erhalten geblieben. Zur Ehrlichkeit und Klarheit gehört es, diese Dinge beim Namen zu nennen.

Ich fordere Herrn Dr. Rüttgers auch noch einmal auf, sich von dem Begriff der Lehrerlüge zu distanzieren bzw. sich beim Ministerpräsidenten dafür zu entschuldigen. Eines können Sie immer gut: Leute persönlich angreifen und sich, wenn das nicht mehr haltbar ist, anschließend aus dem Staube machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Degen. - Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe ehrlich zu, dass ich als Parlamentsneuling nicht über die langjährige Erfahrung meiner Vorredner bei Haushaltsberatungen verfüge. Genauso deutlich sage ich aber auch, dass es mir angesichts des Verlaufs der Haushaltsberatungen in den letzten Wochen und Monaten vonseiten der Regierungsfractionen und der Landesregierung an der notwendigen Seriosität gefehlt hat.

(B)

Das Beratungs- und Abstimmungsverfahren hatte nämlich in den letzten Wochen in weiten Teilen weniger mit Haushaltsberatungen als mit Vorkommnissen auf einem türkischen Basar zu tun. Mit ihrem so genannten Projekt "Verlässliche Schule" setzt die rot-grüne Landesregierung ihre Taktik der Verschleierung des Unterrichtsausfalls in Nordrhein-Westfalen konsequent fort. Das Einzige, was an dieser Mogelpackung wirklich verlässlich ist, ist der Umstand, dass Unterrichtsausfall und Mangelverwaltung in Nordrhein-Westfalen verlässlich unterfinanziert bleiben.

Richtig ist: Wir schaffen jetzt einmal ein paar zusätzliche Lehrerstellen, was auch die bislang von Rot-Grün dogmatisch vertretene Position widerlegt, es bestände im Haushalt keinerlei Handlungsspielraum, insofern tätig zu werden. Ich finde das Verfahren schon bemerkenswert, und weil auch Herr Degen Verfahrensfragen angesprochen hat, komme ich darauf gerne zurück.

Uns wird von der Landesregierung ein Haushalt vorgelegt, der all das, was jetzt selbstverständlich ist, nicht vorsieht. Ich habe daraufhin die zuständige Fachministerin, Frau Behler, in der Ausschusssitzung bei der Einbringung des Haushalts zweimal gefragt, ob sie die Auffassung vertritt, dass bei der Dimensionierung des Bildungsanteils in der Haushaltsvorlage der Landesregierung genügend Mittel vorhanden sind, um wirklich qualitativ das zu finanzieren, was unser Bildungswesen braucht. Die Frage ist von Frau Ministerin Behler in der Sitzung zweimal unbeantwortet geblieben.

Nach der Sitzung kam dann der Vorstoß, dass 800 Lehrer zusätzlich eingestellt werden sollen. Genau so wurde es im Ausschuss abgestimmt. Unmittelbar aber, nachdem der Ausschuss dies beschlossen hat, reden wir nun über 6.100 Lehrer bis zum Ende der Legislaturperiode. - Herr Degen, wenn dies mit diesen Etappen ein seriöseres Beratungsverfahren ist als die Forderung nach zusätzlich 8000 Lehrerplanstellen, die Sie von uns seit einem Jahr kennen, dann weiß ich es wirklich nicht mehr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber - auch das lehren die Haushaltsberatungen - die Wirklichkeit ist manchmal anders als die Realität. Wir haben steigende Schülerzahlen, wachsende Aufgaben, wachsende Problemfälle im System Schule und müssen diesen Problemen deshalb auch viel intensiver, als wir es gegenwärtig tun, begegnen. Aber auch mit all dem, was nun als der große Wurf verkauft wird, werden wir es nicht in Ansätzen schaffen, das bereits Anfang der 90er-Jahre vorhandene Bildungsniveau wieder herzustellen. Diese Feststellung aber gehört zu einer ehrlichen Debatte genauso dazu.

(D)

Zu einer ehrlichen Debatte über Ganztagschulen gehört, Frau Dr. Seidl, genauso der Hinweis, dass wir deshalb über mehr Ganztagschulen verfügen als andere Bundesländer, weil es sich fast ausschließlich um Gesamtschulen handelt und es diese Schulform in anderen Bundesländern nicht gibt, und dass insofern das Ganztagsprivileg hierin begründet liegt. Auch das gehört zu einer ehrlichen Debatte!

Zu einer ehrlichen Debatte gehört auch, dass das, was wir jetzt gegenüber den anderen Bundesländern nachholen, um in der Lehrerbeseoldung mit

(Ralf Witzel [F.D.P.]

(A) ihnen vergleichbar und konkurrenzfähig zu sein, später tun als diese und damit keinerlei Besserstellung erreichen. Schrittchenweise gilt diese bessere Besoldung zunächst einmal für die neuen Lehrer, die kommen sollen. Dadurch lassen wir aber - und schüren damit eine noch größere Ungerechtigkeit - diejenigen Kollegen im Schulbereich zurück, die bereits berufserfahren und seit einigen Jahren tätig sind. Diese empfinden die Situation für sich selbst als noch unbefriedigender als vorher.

Dazu gehört es auch, einmal auszusprechen, wie viele unterwertige Beschäftigungsverhältnisse wir im Bildungsbereich haben und dass die rot-grüne Landesregierung dies mit dem vorgelegten Haushalt gerade weiter ausbaut. Sie ersetzen mit den Planungen für diesen Haushalt ganz offen - so lautet auch die Begründung - 8.000 reguläre Planstellen: 3.000 durch Vorgriffsstundenregelung - das ist eine wirklich "generationengerechte" Politik: heute Stunden zu konsumieren, die in ein paar Jahren bezahlt werden müssen und dann umso mehr fehlen -, 2.500 durch "Geld statt Stellen", 2.200 durch den bedarfsdeckenden Unterricht der Referendare. Und Geld aus Stellen bringt noch einmal 300 Stellen. In der Summe sind es etwas über 8.000 reguläre Planstellen, die in diesem Haushalt ersetzt werden.

(B)

Deshalb fordern wir, die F.D.P.-Landtagsfraktion: Wir brauchen zusätzlich, regulär, jetzt und sofort, da der Unterricht bereits heute massenhaft ausfällt, 8.000 Stellen, 310 Millionen DM für Schulbau und Gebäudesanierung und 185 Millionen DM für mehr Multimediaausstattung an Schulen.

Ein Letztes zur Finanzierung! Dieses Paket der F.D.P., diese Bildungsoffensive für Schule und Weiterbildung, kostet 1,5 Milliarden DM und damit 1,5 % des Gesamthaushaltes. Es ist eine Frage des politischen Willens. Was will man, was will man nicht? Wenn ich natürlich weiterhin in dem bisherigen Umfang Krötentunnelbauten, Radwegeinnovationen und alles Weitere, was ich an Spielwiesen habe, finanzieren will, dann fehlt mir das Geld. Aber es ist - seien wir einmal ganz ehrlich zu uns selbst - eine Frage politischer Prioritätensetzung. Wenn wir denn der Auffassung sind, dass die Bildung der wichtigste Innovationsbereich ist, gleichzeitig aber erklären, selbst wenn wir es alle wollten, könnten wir in der Größen-

ordnung von 1,5 % des gesamten Haushaltsvolumens nicht handeln, dann sollten wir uns in dieser zentralen Frage der Haushaltsgesetzgebung des Parlaments selbst abschaffen. (C)

Dafür sind wir für den Steuerzahler wirklich zu teuer. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte ein bisschen den Eindruck, die Herren - mit Ausnahme von Herrn Degen natürlich - haben ihre Reden geschrieben, bevor sie die Debatte heute Morgen gehört haben. Herr Witzel, Sie sprechen davon, dass man eine Priorität schaffen solle, erkennen aber nicht an, dass, wenn man 2,2 Milliarden DM zusätzlich investiert, das eine Priorität zum Ausdruck bringt. Dass Sie das nicht nachvollziehen können, tut mir Leid. In den bisherigen Auseinandersetzungen hatte ich zumindest immer das Gefühl, dass man sich gegenseitig versteht. Das ist der erste Punkt, den ich anmerken wollte. (D)

Als zweiten Punkt möchte ich Ihr Parlamentsverständnis ansprechen. Sie sagen, der aufgestellte Haushalt sei schrecklich und schlecht und die Regierung sei dafür zu kritisieren. Wir hier sind das Parlament, wir sind der Haushaltsgesetzgeber, und wir haben die Aufgabe zu sagen, was wir warum in welche Richtung korrigieren wollen. So funktioniert das, und so haben wir das auch in den vergangenen Jahren gehalten. In diesem Jahr ist das besonders gut gelaufen, auch für den Bildungsbereich.

Ich sage noch einmal: In diesem Koalitionsvertrag steht, was wir uns vorgenommen haben, und zwar für fünf Jahre.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Witzel, Frau Kollegin?

(A) **Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Nein, ich habe so wenig Zeit, dass ich jetzt leider nicht darauf eingehen kann. - Das, was wir uns vorgenommen haben, wollen wir Schritt für Schritt entsprechend der Notwendigkeiten umsetzen. Damit deutlich wird, dass wir mit der Priorität für Bildung Ernst machen, fangen wir sozusagen mit einer ersten Rate der Neuschaffung von Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Jahr an. Das setzen wir bis zum Ende der Legislaturperiode fort. Dabei geht es um die in diesem Vertrag schon angelegten 6.100 Stellen.

(Ralf Witzel [F.D.P.]: Das ist immer noch zu wenig!)

- Sie sagen, das sei zu wenig. Deswegen haben Sie auch im Ausschuss alles abgelehnt. Wenn die F.D.P.-Politik so aussieht, dass Sie erst dann anfangen, Verbesserungen einzuleiten, wenn Sie 5 Milliarden DM haben, dann ist das nicht unsere Position. Wir wollen im Rahmen der finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes, zu dessen schlechten Situation Sie auf Bundesebene beigetragen haben, Schritt für Schritt Maßnahmen für Verbesserungen umsetzen. Es ist sehr viel, was wir umsetzen, und darauf können wir stolz sein. Auch das will ich an dieser Stelle sagen.

(B) Ein weiterer Punkt ist die Ganztagsbetreuung. Es geht doch nicht darum, dass die neuen Mittel, die wir in diesem Bereich zusätzlich zu den 50 Millionen DM in den Koalitionsvertrag eingestellt haben, die einzigen Mittel sind, die man pro Kind umrechnen kann. Das möchte ich bezogen auf die Rede von Herrn Rüttgers heute Morgen sagen. Es gibt schon jetzt Summen im Haushalt, die für Ganztagsgruppen an der Grundschule und der Sekundarstufe I ausgegeben werden. Die Mittel, die hinzukommen, tragen dazu bei, dass wir etwa 1.200 zusätzliche Gruppen für Silentien einrichten können und dass wir an den Grundschulen weitere Gruppen im Nachmittagsbereich anbieten können. Nicht jedes Kind in diesem Land und nicht jeder Elternteil will am Nachmittag eine Betreuung; aber für die Einrichtung von Gruppen an solchen Schulen, an denen das gewünscht wird, stellen wir das Geld zur Verfügung. So funktioniert das. Wir finden es richtig, dass wir das nach und nach ausbauen.

Natürlich müssen wir auch bei diesen Betreuungsgruppen die Qualität im Blick haben. Da gibt es

unterschiedliche Rückmeldungen. Es gibt Kommunen, die das sehr gut machen, und andere, die das eher auf einem niedrigen Niveau fahren. Wir werden das begleiten und die Erfahrungen auswerten und dann gegebenenfalls nachsteuern. Unabhängig davon, dass alles natürlich immer noch besser sein könnte, ist aber Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich im Ländervergleich bundesweit nach wie vor führend. Herr Degen hat freundlicherweise die kleineren Maßnahmen, die ebenfalls sehr wichtig und wirkungsvoll sind, bereits genannt; das sind die Schulfahrten und andere Bereiche, in denen wir die Haushaltsansätze wieder überrollen, damit in der Sache nichts gekürzt werden muss.

Ich will noch auf einen kleinen Betrag hinweisen. Wir wollen auch die Arbeit der Schülervertretungen stabilisieren und haben dafür Mittel eingesetzt, damit sich auch die Jugendlichen in den Schulen an den Diskussionsprozessen, etwa zur selbstständigen Schule, beteiligen können. Das halten wir für ganz wichtig, und das ist auch ein Beitrag zur Demokratie.

Ebenfalls halten wir es für ganz wichtig, dass wir die Fortbildungsmittel im Bereich der Arbeit mit neuen Medien aufgestockt haben, weil die technische Ausstattung allein nicht sicherstellt, dass auch der Unterricht in dem Zusammenhang funktioniert. Es ist ganz wichtig, die Lehrerinnen und Lehrer zu qualifizieren.

Wir haben die Mittel bereitgestellt, sodass Diskussionsforen über das Projekt "NRW-Schule 21", die auch die SPD jetzt so stark einfordert, stattfinden und das Projekt organisatorisch vorbereitet und begleitet werden kann.

Außerdem war uns ganz wichtig, dass wir die Mittel für die Sprachförderung von Migrantenkindern auf das Doppelte aufstocken, damit dieser "Renner", als der sie sich herausstellt, an den Kommunen angeboten werden kann und wir sehr früh mit den ausländischen Kindern arbeiten können, damit sie die Schule erfolgreich starten können und in der Schule den Grundstein für eine erfolgreiche Karriere legen können. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Behler das Wort.

(C)

(D)

(A) **Gabriele Behler**, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen Beitrag zur Zeitökonomie leisten und hoffe, dass das in Ihrem Interesse ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich verweise auf meine Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 1, begrüße für die Landesregierung ausdrücklich die Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und freue mich auf der Basis dieses sich abzeichnenden Haushaltes, gute Politik im Schulbereich für das Land mit verantworten zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Ministerin, vielen Dank für diesen knappen Wortbeitrag. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zum Teilbereich

b) Wissenschaft und Forschung

Da erteile ich zunächst für die CDU-Fraktion das Wort Herrn Kollegen Kuhmichel.

(B)

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einer fast fünfstündigen Debatte über die gravierenden Versäumnisse in der Schulpolitik unseres Landes geht es jetzt nahtlos in einen anderen wichtigen Bildungsbereich, die Hochschulpolitik, über, dessen Zustand aber leider ebenfalls desolat ist.

Auch von uns ein kleiner Beitrag zur Zeitökonomie und nur wenige Anmerkungen. Bei passender Gelegenheit müssen wir uns über Hochschulpolitik mal wieder profund unterhalten. Wir werden die Gelegenheit schon bald suchen.

(Zuruf des Dr. Axel Horstmann [SPD])

- Denken Sie einmal an die Kollegen, die noch nachkommen. Seien Sie mal sozial!

Meine Damen und Herren, auch bei der Betrachtung der hochschulpolitischen Lage in unserem Land sieht die Landesregierung mehr als alt aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es weiterhin mit einem gigantischen Investitionsstau, mit riesigen Sanierungsproblemen und vor allem mit einem eklatanten Mangel an Ideen und Visionen zu tun. (C)

(Beifall bei der CDU)

Die real existierende Hochschulpolitik in unserem Lande orientiert sich überwiegend an der Abwicklung des Tagesgeschäftes und steht unter dem Spardiktat des Finanzministers. Von den staatlichen Vorgaben des so genannten Qualitätspaktes ausgehend, erweisen sich die Empfehlungen des Expertenrates immer mehr als ein von der Wissenschaftsadministration inszeniertes öffentliches Schauspiel mit seriösem Anstrich.

Noch vor der Sommerpause soll in einem Parforceritt die NRW-Hochschullandschaft auf dem Wege von Rechtsverordnungen abseits ausreichender parlamentarischer Mitwirkung und jenseits der berechtigten Autonomieansprüche unserer Hochschulen umgekrempelt werden. Darüber wird noch an anderer Stelle zu reden sein.

Meine Damen und Herren, der Umgang mit den Haushaltsanträgen der CDU-Fraktion durch die rot-grüne Koalition hat einmal mehr verdeutlicht, dass den Regierenden und natürlich den Koalitionären die Kraft für die Erneuerung unserer Hochschullandschaft völlig abgeht und von Priorität für Wissenschaft und Forschung in unserem Land weiterhin leider keine Rede sein kann. (D)

Die bei einem Sanierungsstau von über 5 Milliarden DM vergleichsweise geringe Summe zum Einstieg in ein landeseigenes Programm in Höhe von 140 Millionen DM wurde erneut kommentarlos abgelehnt. Landesregierung und Rot-Grün sind weiterhin nicht an den dringendsten Bau- und Sanierungsmaßnahmen zur Sicherstellung von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen interessiert und lehnen es weiterhin ab, die technische und apparative Ausstattung zur Sicherung von notwendigen Innovationen ausreichend zu finanzieren.

Auch das von der CDU-Fraktion geforderte landeseigene Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums an unseren Hochschulen in Höhe von 10 Millionen DM wird schlichtweg ignoriert. Dabei wissen doch alle Beteiligten, dass das schmalbrüstige Sofortprogramm der Bundesregierung bei weitem nicht ausreicht, um dem

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Ansturm auf die Informatikfakultäten in NRW gerecht zu werden. Besonders an den Universitäten besteht ein extrem schlechtes Betreuungsverhältnis von Professoren zu Studierenden im IT-Bereich. Schon mittelfristig wird sich dieses chronische Missverhältnis äußerst negativ auf den Wirtschaftsstandort NRW auswirken.

Abschließend für heute nur noch ein letztes Beispiel für die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Wissenschaftsministerin im Kabinett und die Ignoranz der rot-grünen Fraktion im Wissenschaftsausschuss gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer Hochschulen - hören Sie gut zu, Herr Kollege Kessel - mit Blick auf ihre Liegenschaften.

Schon im alten Jahr fehlte den rot-grünen Hochschulpolitikern die Kraft, dem Gesetz über den Bau- und Liegenschaftsbetrieb die Zustimmung aus Ihrer Fachsicht zu verweigern. Man flüchtete sich in einen Entschließungsantrag. Schon nach wenigen Wochen monierten die Hochschulen unseres Landes im Februar in aller Deutlichkeit, dass die seit Jahresbeginn zuständige Zentralbehörde BLB des Landes die Selbstständigkeit der Hochschulen schlichtweg ignoriert und deutlich mehr Bürokratie verursacht. Selbst kleinste Reparaturen müssten zentral genehmigt werden, eilige Baumaßnahmen gerieten in Verzug, so hieß es.

- (B) In ihrer Not wandten sich die Hochschulkanzler an die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses, und zwar an alle Fraktionen - an wen sonst? -, und baten darum, der dem Gesetz nachgeschobenen Entschließung doch zu ihrem Recht und zu ihrer Durchsetzung zu verhelfen. Auf Antrag der CDU wurde in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses vor 14 Tagen, am 08.03., die Position der NRW-Hochschulen gegenüber dem BLB zum Antrag erhoben und mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen den rot-grünen Widerstand beschlossen.

Meine Damen und Herren, gehen Sie jetzt einmal davon aus - auch Sie, die Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün im Wissenschaftsausschuss -, dass der von Ihnen als Betriebsunfall angesehene Beschluss des Wissenschaftsausschusses stets und ständig von der CDU - ich denke, das gilt auch für die F.D.P. - auf seine Umsetzung im Um-

gang mit den Liegenschaften unserer Hochschulen überprüft werden wird. (C)

(Lachen des Dietrich Kessel [SPD])

- Das ist nicht lustig, das ist eine ernste Angelegenheit. Sie wissen das. Die Hochschulen lachen über Ihr Verhalten gar nicht, Herr Kollege Kessel. Sie haben da eine Menge Kredit verloren.

(Dietrich Kessel [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

Es ist schon schlimm genug, Herr Kollege Kessel und auch die anderen Kollegen von den Fraktionen im Wissenschaftsausschuss, dass Sie Ihre Mehrheit, wenn Sie denn im Ausschuss vollzählig gewesen wären, dazu benutzt hätten, die berechtigten Interessen unserer Hochschulen und damit auch ihre eigene Entschließung niederzustimmen.

Meine Damen und Herren, ich will es für heute bei diesen kurzen Anmerkungen belassen und bedanke mich. Bis zum nächsten Mal!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kuhmichel. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Kessel das Wort. (D)

Dietrich Kessel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorrang für Bildung hat in Nordrhein-Westfalen nicht nur etwas mit den Anstrengungen zur Sicherung verlässlichen und qualitativ hochwertigen Unterrichts an unseren Schulen zu tun, Vorrang für Bildung bedeutet für die Landespolitik ebenso, die nordrhein-westfälischen Hochschulen wieder zu leistungsstärkeren Akteuren zu machen und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Priorität liegt sowohl bei Schule als auch bei Hochschule.

(Beifall des Dr. Axel Horstmann [SPD])

So wie die Regierungskoalition große Anstrengungen unternimmt, um die für die Sicherung des Unterrichts in den Schulen zusätzlich erforderlichen Mittel bereitzustellen, unternimmt sie im gleichen Maße ebenfalls alles ihr Mögliche, um

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) Mehrausgaben für Wissenschaft und Forschung zu finanzieren.

(Beifall des Dr. Axel Horstmann [SPD])

Auch in diesem Haushaltsjahr werden die Bildungsausgaben überdurchschnittlich erhöht. Ein Blick in die Statistiken macht dies deutlich.

Schon ohne die zusätzlichen Mittel für den "Stufenplan Verlässliche Schule 2001 bis 2005" und für neue, über die Ergänzungsvorlage eingebrachte wissenschaftspolitisch bedeutsame Projekte weist der Einzelplan 05 im Vergleich aller Einzelpläne die höchste Steigerungsrate auf. Wer da noch bei Podiumsdiskussionen - wie man das immer wieder erlebt - zu bildungspolitischen Themen behauptet, das Land reduziere seine Bildungsausgaben, liegt falsch. Alle Daten sprechen eine andere Sprache.

Auch heute sei noch einmal daran erinnert: Mit dem Qualitätspakt haben wir den Hochschulen fest zugesagt, dass ihre Mittelansätze über einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren erhalten bleiben. Wir haben mit ihnen fest vereinbart, dass ihre Haushalte nicht mehr zur Erwirtschaftung von globalen Minderausgaben herangezogen werden, und wir haben sie von der Stellenbesetzungssperre freigestellt. Dies in Zeiten durchzuhalten, die durch rückläufige Einnahmen des Landes mit allen ihren problematischen Folgen für den Landeshaushalt gekennzeichnet sind, ist schon eine mehr als nur beachtenswerte Leistung.

(B)

Nicht in Vergessenheit geraten sollte auch Folgendes: Die Regierungskoalition hat sich dazu verpflichtet, dass die Ressourcen, die infolge der Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrates frei werden, in den Hochschulen verbleiben und für den Aufbau neuer Lehr- und Forschungsschwerpunkte genutzt werden können. Die in den Hochschulen immer noch anzutreffende Befürchtung, dass die Einstellung von Studiengängen zum Abbau von Stellen über die im Rahmen des Qualitätspakts vereinbarten 2.000 Stellen hinaus genutzt werden könnte, ist völlig unbegründet. Auch das muss immer wieder deutlich gemacht werden.

Ein Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Landesgrenzen hinaus macht deutlich, dass alles, was Nordrhein-Westfalen sehr konkret auf den

Weg bringt, um Bildung Vorrang zu geben, anderswo nicht selbstverständlich ist. Aus vielen Gesprächen mit Hochschulleitungen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen weiß ich, dass in den Hochschulen diese mit dem Qualitätspakt gegebenen Garantien durchaus als eine Art Privilegierung von Hochschulen im Vergleich zu anderen Aufgabenfeldern der Landespolitik wahrgenommen und durchaus begrüßt werden.

Rechnet man die über die Ergänzungsvorlage und die Anträge der Koalitionsfraktionen zusätzlich dem Landtag vorgeschlagenen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zusammen, dann werden über den ersten Entwurf der Landesregierung für den Wissenschaftsetat unter dem Strich 76 Millionen DM mehr aufgewendet werden.

Mit den über die Ergänzungsvorlage dem Landtag empfohlenen weiteren Millionen für Forschung und Entwicklung im Rahmen des Technologieprogramms Wirtschaft werden es sogar fast 100 Millionen DM mehr sein, die uns im Vergleich zum Entwurf des Landeshaushalts, der im letzten Jahr eingebracht worden ist, in diesem Jahr für Aufgaben in Sachen Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stehen werden.

Unser Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen für Forschung, insbesondere aber auch für Spitzenforschung, erheblich zu verbessern. Konkret bedeutet dies, dass zum einen Arbeitsbedingungen für junge Forscherinnen und Forscher geschaffen werden müssen, die ihnen die Durchführung herausragender Forschungsprojekte ermöglichen, zum anderen heißt dies, in die Forschungsinfrastruktur zu investieren.

Deshalb wird der weitaus überwiegende Teil dieser zusätzlichen Gelder für die Forschung eingesetzt. Über die Ergänzungsvorlage werden insbesondere Mittel für die Gründung von fünf Graduate Schools, für eine Ingenieurstudie zur Europäischen Spallationsneutronenquelle und für den Neubau eines Max-Planck-Instituts in Münster bereitgestellt.

Über die Anträge der Koalitionsfraktionen werden die Haushaltsansätze für die Graduiertenförderung und für die Forschungsförderung erheblich erhöht. Diese Initiativen zur Profilierung der nordrhein-westfälischen Forschungslandschaft ergänzen die Mittel, die die Landesregierung für die Gradui-

(C)

(D)

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) tenkollegs - ihre Zahl soll bekanntlich in diesem Jahr verdoppelt werden - und für den Innovationsfonds im Haushaltsentwurf bereits vorgesehen hat.

Dieser Fonds ist in diesem Jahr mit 60 Millionen DM ausgestattet. Das ist wesentlich mehr Geld, als es nach der Vereinbarung mit den Hochschulen hätte sein müssen. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind auf dem richtigen Weg, die Attraktivität der nordrhein-westfälischen Hochschulen als Einrichtungen hervorragender Forschung erheblich zu steigern.

Ich bin mir sicher, dass es uns mit diesen gezielten Initiativen zur Verbesserung der Bedingungen für Forschung an nordrhein-westfälischen Hochschulen, die wir in den kommenden Jahren fortsetzen werden, auch gelingen wird, wieder zu einer attraktiven Adresse für einen Forschungsaufenthalt vor allem bei jüngeren ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu werden. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt ohne Zweifel in unser aller Interesse.

- (B) Enttäuscht haben mich die Anträge der Oppositionsfractionen. Auch das will ich nicht unerwähnt lassen. Wenn Anträge auch die hochschulpolitischen Schwerpunkte widerspiegeln sollen, dann kann man angesichts der Anträge der Oppositionsfractionen nur Fehlanzeige feststellen.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Was?)

Natürlich haben die Oppositionsfractionen u. a. auch zusätzliche Mittel für die individuelle Graduiertenförderung beantragt. Angesichts der vielen Zuschriften zu diesem Thema war es allerdings auch nicht besonders schwierig, darauf zu kommen, für diesen Haushaltsansatz zusätzliche Mittel zu beantragen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Aber unter dem Aspekt hochschulpolitischer Schwerpunktsetzungen im Rahmen des Haushalts war es das auch schon.

Ansonsten hat die CDU uns Anträge vorgelegt, die sie offensichtlich der Wiedervorlage entnommen hat. Dies, lieber Herr Kuhmichel, ist zu wenig.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wollen Sie dagegen stimmen?)

- (C) Um zu demonstrieren, dass ihnen Alternativen zur Hochschulpolitik der Regierungskoalition nicht einfallen, hat uns die CDU-Fraktion dann auch noch vorgeschlagen - man höre sich das an -, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Ministerin zu reduzieren.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist immer richtig!)

Ein solcher Antrag ist doch wohl eher als Beitrag zum Thema Peinlichkeiten zu verstehen. Fast wäre ich geneigt, ihn als kleinkariert zu charakterisieren.

Wir wollen einmal sehen, welche Antworten die CDU-Fraktion den Hochschulen geben wird, wenn sie gefragt wird, welche alternativen hochschulpolitischen Konzepte sie denn im Rahmen der Haushaltsberatungen mit ihren Anträgen hat deutlich machen wollen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Die kennen sie schon!)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden es mir sicher nicht übel nehmen, auch das zu erwähnen: Die Abstimmung zum Einzelplan 05 wird erst morgen stattfinden. Die SPD-Fraktion wird der vom Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegten Fassung zustimmen. Außerdem gehen wir davon aus, dass die Oppositionsfractionen mangels besserer politischer Aktivitäten ebenso verfahren werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Kessel. - Für die Fraktion der F.D.P. hat jetzt Prof. Dr. Wilke das Wort. Bitte schön.

Dr. Friedrich Wilke (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kuhmichel, ich glaube, dass Sie das Lächeln von Herrn Kessel falsch verstanden haben. Ich gehe davon aus, dass der sich über die Abstimmungsniederlage im Ausschuss gefreut hat.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das kann sein!)

- Das kann durchaus sein.

(D)

(Dr. Friedrich Wilke [F.D.P.]

- (A) Herr Kessel war wohl in die falsche Zahlenreihe geraten, als er gesagt hat: Voller Einsatz für Mehrausgaben auch im Bereich Wissenschaft und Forschung!

(Dietrich Kessel [SPD]: Ja!)

Zugleich hat er gefeiert, dass man wenigstens das Niveau gehalten hat. Ein paar Beispiele hat er angeführt.

Der Unterschied könnte nicht deutlicher ausfallen: Vorher Schule, jetzt Wissenschaft und Forschung. Schule: 6.100 Lehrer, 2,2 Milliarden DM. Frau Ministerin, das sind positive Signale.

Wir sind der Meinung, dass das nicht ausreichen wird. Es wird nicht die vielen Probleme lösen. Aber hier stimmt die Richtung. Gestärkt haben Sie damit ein Bildungsstandbein. Wissenschaft und Forschung als zweites Standbein bleibt eine Krücke. Wissenschaft und Forschung werden in Nordrhein-Westfalen weiterhin finanziell vernachlässigt.

Herr Kessel, ich habe einmal das Volumen Ihrer Anträge addiert und bin dabei auf 13 Millionen DM gekommen. Sie haben aus Ihren Anträgen 100 Millionen DM gezaubert, indem Sie auch alles aus den anderen Haushalten berücksichtigt haben. Aber wie auch immer: 100 Millionen DM hört sich zunächst nach sehr viel an; aber 13 Millionen DM ist weniger als ein Zehntel von 2,2 Milliarden DM. Und angesichts dessen sprechen Sie von einer gleichgewichtigen Betrachtung von "Schule und Weiterbildung" auf der einen sowie "Wissenschaft und Forschung" auf der anderen Seite? Diese Einschätzung kann ich nicht teilen.

- (B) Frau Ministerin, zu Recht fordern Sie von den Hochschulen beispielsweise mehr Internationalität, internationale Kontakte, die Gründung von Dependancen im Ausland, ein flächendeckendes Betreuungs- und Mentorenprogramm. Sie fordern die Hochschulen und insbesondere die Fachhochschulen auf, *zusätzliche* Weiterbildungsangebote zu entwickeln. Stichwort: Lebenslanges Lernen! All das ist wichtig, und die Hochschulen sollen es sich aus dem eigenen Fleisch schneiden, ohne zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen und mit einem reduzierten Personalbestand.

(Kopfschütteln der Ministerin Gabriele Behler)

(C) Das kann und wird auch nicht funktionieren. Wohlgemerkt, es geht nicht nur um Geld, aber eben auch um Geld. Wohl wahr, Inhalte spielen eine Rolle, ebenso Reformen, Autonomie und Wettbewerb. Nicht alles kostet Geld, aber ohne zusätzliches Geld werden wir das Ganze nicht auf die Beine bringen.

Sie haben vorhin davon gesprochen, dass eine gute Schule eine gute Ausstattung braucht. Sie werden keine Schwierigkeiten damit haben, dieses Bild auf die Hochschulen zu übertragen: Eine gute Hochschule benötigt eine gute Ausstattung.

Sie haben auch gesagt, dass eine gute Ausstattung noch keine gute Hochschule/Schule ausmacht. - Das ist auch richtig. Wir brauchen eine bessere Ausstattung, wobei ich "Ausstattung" als personelle und sächliche Ausstattung interpretiere. Wir benötigen beides zusammen. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, dass Geld allein keine Rolle spielt. Computer werden beschafft und teilweise haben wir sie früher auf die Flure gestellt, weil wir keine Leute hatten, die die Netzwerke eingerichtet und unterhalten hätten, die die Computer mit ihren Einrichtungen bedienen können.

(Zuruf des Dietrich Kessel [SPD])

(D)

Herr Kollege Kessel, Sie selbst waren es doch, der den Wissenschaftsrat entdeckt hat. Sie haben die Thesen genannt. Dort ist es klar und deutlich nachzulesen. Der Wissenschaftsrat macht unmißverständlich klar: Wir brauchen höhere finanzielle Anstrengungen, wollen wir im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen. - Wo im Haushalt findet sich zu dieser Aussage eine Entsprechung? Man sucht vergebens.

Deshalb haben wir von der F.D.P. klare Signale gesetzt. Wir fordern 3 Milliarden DM mehr für die Bildung, nämlich 1,5 Milliarden DM für den Schulbereich - über den haben wir eben gesprochen - und 1,5 Milliarden DM für die Hochschulen, für Wissenschaft und Forschung. Wir beantragen für zusätzliche Personalausgaben eine Milliarde DM mehr. Bei diesem Personal muss es sich nicht unbedingt um Beamte auf Lebenszeit handeln. Auch die Mitarbeiter müssen nicht unbedingt auf Lebenszeit eingestellt werden. Wir brauchen sie aber dringend, vor allen Dingen als Kompensation, liebe Frau Ministerin, für Ihr Personal-Amputations-Programm. Ich weiß, dass Sie die-

(Dr. Friedrich Wilke [F.D.P.]

- (A) ses Programm etwas anders nennen, nämlich Qualitätspakt, aber ich nenne das lieber PAP, Personal-Amputations-Programm. Diese Formulierung ist treffender, weil sie den Sachverhalt schildert.

(Beifall bei der F.D.P.)

In gleicher Weise verhält es sich bei den Hochschulbauten. Wenn Sie Hochschulen besuchen, dann werden Ihnen glänzende Einrichtungen vorgeführt. Ich möchte Sie ganz herzlich darum bitten, beim nächsten Mal einen ganz normalen Hörsaal zu besuchen.

(Ministerin Gabriele Behler: Da bin ich öfter!)

- Da sind Sie öfter. Dann kennen Sie auch die dortige Ausstattung. Wenn diese Hochschulen - auch das wissen Sie - landesweit Bildungsangebote für Externe anbieten sollen, wird es sehr, sehr schwierig sein, die dort hineinzubekommen. Jeder Bildungsraum - das gilt für kleinere Unternehmen, aber erst Recht für größere Unternehmen - in einem Unternehmen ist weitaus besser ausgestattet, als das, was wir an einer Hochschule vorfinden.

- (B) Herr Moron hat vorhin im Zusammenhang mit den Schulbauten noch auf die Gemeinden verweisen können, obwohl uns das auch nicht weiterhilft. Unser Fraktionsvorsitzender, Herr Möllemann, hat das deutlich gemacht. Aber hier gelingt das nicht. Hier steht das Land in der Verantwortung. Lange Zeit haben wir eben nicht in Höhe der Abschreibungen reinvestiert. Herr Kessel, wir alle wissen doch, dass das Substanzverzehr bedeutet. An dieser Stelle ist das Land gefordert, aber auch andere sind gefordert, wie zum Beispiel private Beteiligungen. Ich appelliere bei der Gelegenheit durchaus einmal an das Ministerium, neuen Ideen aufgeschlossen gegenüber zu sein, dass die Leute einmal ihren Hintern hochnehmen und sich neuen Ideen positiv nähern. Einige interessante Vorschläge gibt es doch.

Ich will nicht auf unsere Anträge im Einzelnen eingehen. Wir fordern hier nicht ganz 0,5 Milliarden DM mehr. Sie werden es mir aber nachsehen, dass ich Ihnen einen unserer Anträge ganz besonders ans Herz legen möchte. Das ist der Antrag laufende Nummer 18. Wir möchten lediglich, dass eine Zahl geändert wird, nämlich 2 % in

- 10 %. Der Antrag sieht sehr kompliziert aus; aber im Vergleich zu dem, was dort vorhanden ist, geht es nur um die Änderung einer Zahl. (C)

Hier geht es um ein bisschen mehr Autonomie für die Hochschulen und ein bisschen mehr Flexibilität, nämlich um Mittelverlagerung. Das kostet nicht mehr über mehrere Haushalte. Mir wurde erklärt: Haushaltstechnisch muss man bestimmte Kompensationen vornehmen. Aber wenn man die zwei Jahre zusammennimmt, kostet das nichts. Sie zahlen, liebe Frau Ministerin, ein Jahr nichts. Dann zahlen Sie danach auch nichts. Sie brauchen die Zahl nur zu erhöhen. Mehr ist da gar nicht notwendig. Es geht nur um ein bisschen mehr Gestaltungsspielraum.

Sie haben das im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung abgelehnt. Im Übrigen haben Sie vor längerer Zeit selbst schon einmal von 1 % auf 2 % erhöht. Wenn Ihnen dieser Sprung zu mutig erscheint, machen wir 5 % oder 4 % daraus. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Vielleicht nicken Sie einmal schnell. Dann könnten wir uns auf 4 oder 5 % einigen. Herr Kessel, haben Sie genickt? Vielleicht könnte dann auch Frau Seidl zustimmen. Wir sind ja fast unter uns. Wir wären schon zufrieden, wenn es ein bisschen mehr als 2 % wäre. (D)

Dieser Antrag ist auf ausdrücklichen Wunsch der Kanzler unserer Hochschulen zustande gekommen. Ich denke, insbesondere weil es kein Geld kostet, sollte das möglich sein. Ich bitte Sie ganz herzlich, ausnahmsweise einmal nicht in die üblichen Rituale zu verfallen. Ich mache mir keine Illusionen, was mit unseren anderen Anträgen passieren wird. Aber hier, denke ich, könnten wir alle zusammen zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Prof. Dr. Wilke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Seidl. Bitte schön.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildung, Wissenschaft und Forschung haben Priorität bei den Regierungsfrak-

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

- (A) tionen, bei uns Grünen im Besonderen. Das wollen Sie nicht gerne wahrhaben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der F.D.P.

Wenn man sich die Rede von Herrn Kuhmichel vor Augen führt, muss man feststellen, dass Sie sich insbesondere den notwendigen Reformbemühungen versperren. Das zeigen vor allem Ihre Bemerkungen zum Qualitätspakt. Dabei müssten auch Sie, wenn Sie auf der Höhe der Zeit sein wollen, konstatieren, dass es notwendig ist, den Reformstau an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufzubrechen. Wir brauchen in Zukunft mehr ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker, und wir brauchen Spitzenforschung und Spitzenförderung, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen.

Ich bin froh, meine Damen und Herren, dass es uns gelungen ist, mit diesem Haushalt ein breites Spektrum an Maßnahmen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich abzusichern und auszubauen. Wir haben gegenüber dem Haushalt 2000 trotz einer schwierigen Situation mit ca. 5 Milliarden DM Steuermindereinnahmen eine Steigerung von etwa 2 % erreicht und kommen auf die stattliche Summe von über 8,5 Milliarden DM.

- (B) Flankierend dazu muss man auch anerkennen, dass die jetzige Bundesregierung erstmalig aus dem Loch im Bildungsbereich herauskommt, das die Kohl-Regierung als Erbe hinterlassen hat. Auch hier steigen die Ausgaben für Forschung und Bildung kontinuierlich.

Als ein bisschen polemisch empfinde ich deshalb auch die Haltung der Oppositionsfraktionen hier im Landtag. Herr Rüttgers und Herr Möllemann sitzen hier - gerade tun sie es nicht - und werfen mit unseriösen Summen um sich. Aber als es vor einigen Jahren im Bund um die Ressource Haushaltsmittel ging, haben Sie nichts erreicht! Wo war die Bildungspartei F.D.P., als die Mittel für Bildung immer weiter zurückgefahren worden sind?

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Dr. Seidl, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhmichel zu?

- Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Im Augenblick nicht. Ich möchte gerne zu Ende reden. (C)

Es ist nicht unerheblich, dass die Ausgaben im Rahmen des BAföG 1991 noch bei 3,9 Milliarden DM lagen und im Jahre 1998, als Rot-Grün die Regierung übernommen hat, bei 2,3 Milliarden DM.

Auch das sind interessante Zahlen: 1982, also lange vor der Wiedervereinigung, wurden noch 28 % aller Studierenden über das BAföG gefördert. Im Jahr 1998 waren es noch 12 %. Das ist mehr als eine Halbierung.

Noch eine letzte Zahl: Nach einer aktuellen Erhebung des Deutschen Studentenwerkes ist der Anteil von Studierenden aus einkommensschwachen Familien von ehemals 23 % im Jahre 1982 auf 14 % im Jahre 1998 gesunken. Nur noch 7 % aller Hochschulabsolventen kommen aus Familien, die nicht so gut verdienen. Das muss sich ändern.

Auch müssen wir über eine Verkürzung der Studienzeiten reden. Jeder weiß: Bei sinkendem BAföG muss mehr gearbeitet werden, nicht für das Studium, sondern für den Lebensunterhalt. Automatisch verlängern sich die Studienzeiten. Auch das darf nicht so weitergehen. (D)

Ich bin deshalb froh, dass es endlich zu einer deutlichen Verbesserung der Ausbildungsförderung für Studentinnen und Studenten kommt. Mehr als 1 Milliarde DM zusätzlich pro Jahr wird für die Unterstützung der Studierenden mobilisiert. Die Ausgaben werden gegenüber 1998 um über 50 % erhöht. Über 8.000 junge Leute zusätzlich können damit in der Ausbildung gefördert werden. Das ist dringend notwendig, auch für Nordrhein-Westfalen.

Die Studierendenzahlen müssen sich ändern, bundesweit und hier bei uns. Die OECD-Bildungsstudie zeigt aufgrund der gewachsenen Strukturen der letzten 20 Jahre im internationalen Vergleich leider kein positives Bild. Im Durchschnitt treten in der OECD 40 % aller jungen Menschen ein Studium an. Bei uns sind es 28 %. Außerdem erreichen bei uns nur 16 % eines Altersjahrgangs auf ihrem Bildungsweg einen akademischen Ab-

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

(A) schluss, während es OECD-weit 23 % sind. Wenn wir nicht zur einer Wissensgesellschaft mit permanentem Akademikermangel werden wollen, dann müssen wir das schleunigst ändern. Die BAföG-Novelle ist ein wichtiger und erster Schritt dazu. Für den Landeshaushalt Wissenschaft und Forschung heißt das, die programmatisch gesteckten großen Ziele einer Förderung in die Breite hinein, aber auch Exzellenz- und Spitzenforschung zu untermauern.

Darüber hinaus wollen wir mit den jetzt vorliegenden Anträgen beginnen, die für diese Legislaturperiode im Koalitionsvertrag festgehaltenen Versprechen einzulösen. Wir haben gesagt: Wir wollen die Forschung in innovativen Zukunftsfeldern voranbringen. Wir wollen die Studienreform vorantreiben, indem wir die Qualität der Lehre weiterentwickeln und ausbauen. Wir wollen Exzellenz ausbilden und fördern. Hierzu gehört der Ausbau von Graduiertenkollegs und die Etablierung von Graduate Schools ebenso wie die Sicherung der individuellen Graduiertenförderung. Wir wollen einen Beitrag zur Internationalisierung bei der Betreuung ausländischer Studierender leisten. Nicht zuletzt: Wir wollen Frauenförderung und Frauenforschung an den Hochschulen verstärkt vorantreiben.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Dem trägt u. a. das Studienreformprogramm "2000 plus" Rechnung, dass das alte Programm "Qualität der Lehre" ersetzt und das wir nun deutlich aufstocken. Es befördert und belohnt Innovationen der Hochschulen im Bereich der Lehre, der Qualitätssicherung sowie der notwendigen Betreuung und Beratung von Studierenden an den Hochschulen.

Angesichts der neuen Aufgaben, die das Landesgleichstellungsgesetz zur Frauenförderung formuliert, haben wir die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln unterstützt.

Auch der Expertenrat unterstützt unsere langjährige Forderung in der Frauenpolitik, indem er den Hochschulleitungen empfiehlt, die Gleichstellungsbeauftragten als wichtige Akteurinnen im Innovationsprozess stärker einzubeziehen und sie in ihrer Funktion entsprechend auszustatten und angemessen zu entlasten. Nur so könne die noch vorherrschende Asymmetrie der Geschlechterkul-

tur an Hochschulen überwunden werden, sagt er, die sowohl unter dem Aspekt der Chancengleichheit als auch unter dem Aspekt der Ressourcennutzung für Innovationsprozesse schädlich sei. (C)

Schließlich ist uns Grünen auch wichtig zu betonen, dass zum Thema Internationalisierung die Betreuung ausländischer Studierender gehört. Für die sprachliche Förderung, Schriftsprache und Kommunikation gibt es bislang nur vereinzelt Unterstützungsangebote an unseren Hochschulen. Wir wollen deshalb die nordrhein-westfälischen Projekte, für die wir im letzten Jahr erstmals Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt haben, weiter unterstützen. Wünschenswert ist, dass diese einzelnen Projekte, die zurzeit erprobt werden, in ein Gesamtkonzept der Universitäten zur Betreuung ausländischer Studierender einfließen können.

Im Übrigen bin ich froh, dass das Lise-Meitner-Programm gesichert und ausgebaut wurde, dass das Graduiertenprogramm für die individuelle Förderung Studierender kleinerer Fächer gerettet worden ist und dass im Rahmen der Frauenforschung die Koordinationsstelle für das Netzwerk Frauenforschung erhalten bleibt.

Das Netzwerk Frauenforschung in Nordrhein-Westfalen genießt einen besonderen Ruf bei der Verbreiterung der Akzeptanz der Frauenforschung im Wissenschaftskanon. Gerade weil das deutsche Wissenschaftssystem einen erheblichen Nachholbedarf in der Gender-Forschung hat, ist es richtig, dass die Netzwerkaktivitäten zurzeit noch gestärkt werden. (D)

Abschließend und zuletzt möchte ich betonen: Als Hochschulpolitikerin kann man mit einem Haushalt niemals wirklich zufrieden sein. Es gibt sicherlich noch viele Projekte und Programme, die man besser fördern müsste, wenn man könnte.

Unter den Vorgaben dieses Haushaltes haben die rot-grünen Wissenschaftspolitiker allerdings deutliche Akzente setzen können. Wir haben qualitative Schwerpunkte gesetzt, die wir in den kommenden Jahren halten müssen, und wir haben im Gegensatz zur F.D.P. und CDU ein seriöses Zahlenwerk vorgelegt, das nicht mit ungedeckten Schecks operiert. Das gehört zum Selbstverständnis der verlässlichen Politik der rot-grünen Landesregierung.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

- (A) Für die vorliegenden Vorschläge zum Haushalt bitten wir deshalb um Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Behler. Bitte schön.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuhmichel, wo Sie Recht haben, haben Sie Recht. Wir leiden immer noch an den Folgen von Herrn Rüttgers, auch beim Investitionsstau in den Hochschulen. Das ist richtig. Ich glaube, Sie hatten es zwar nicht so gemeint, aber wir wollen hier nicht in jede Beliebigkeit verfallen, sondern auch immer wieder mal auf die Fakten verweisen.

- (B) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhmichel zu?

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Nein, ich möchte gerne schnell fertig werden.

Herr Prof. Wilke, lassen Sie Vergleiche, die eigentlich - das meine ich ganz ernst - zu Unmut führen, weil sie in der Sache letztlich nicht zu rechtfertigen sind. Das Hochschulsystem ist ein viel teureres System als das Schulsystem, schon in den Grundkosten. Von daher kann man es gar nicht in der Weise miteinander vergleichen, wie Sie es getan haben. Ich schlage vor: Diese Art von vermeintlicher Konkurrenz sollte man nicht schüren. Das führt eher zu unangemessenen Stimmungen.

An einem Punkt will ich Ihnen deutlich widersprechen. Sie wissen selbst, was Ihre Einschätzungen, Einordnung des Qualitätspaktes angeht, dass Sie die Realität in den Hochschulen bei weitem nicht mehr treffen. Das ist eine ganz andere Situation.

Was Ihr vehementes Plädoyer für die Übertragbarkeit von Mitteln angeht: Bei den im Augenblick tatsächlich übertragenen Haushaltsresten handelt es sich um 0,7 %. Die Hochschulen könnten mehr. Wenn es aber tatsächlich nur 0,7 % im Durchschnitt sind, dann finde ich die 2 % eine einigermaßen adäquate Steigerung. Dann gleich auf 10 % zu gehen, scheint mir einfach von der Sache her weder geboten noch erforderlich, aber auch mit erheblichen Risiken verbunden zu sein. Wir setzen die 2 % nicht, um irgendjemanden zu ärgern, einzuschränken oder zu behindern, sondern einfach aus sehr sachgerechten Überlegungen heraus.

Ich will ansonsten sagen, gute Botschaften sollte man häufig wiederholen. Man kann es nie häufig genug tun. Ich will auch sagen, dass die nordrhein-westfälische Wissenschaftspolitik als ein Markenzeichen hier im Land in ihrer Prioritätensetzung unverändert hohe Anerkennung genießt. Wir haben die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung - es stimmt nicht, wenn Sie etwas anderes sagen - stetig gesteigert, und auch der vorgelegte Haushaltsentwurf macht da keine Ausnahme.

(Zuruf des Manfred Kuhmichel [CDU])

Wenn ein Landeshaushalt insgesamt zurückgeht und wir im Jahre 2001 eine Steigerung der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung von 3,5 % vorgesehen haben, dann ist das eine erhebliche Leistung. Dabei sind bestimmte haushaltstechnische Verlagerungen überhaupt noch nicht mitgerechnet.

Es gibt klare Akzente in dem Haushaltsentwurf. Der Qualitätspakt hat einen Innovationsfonds mit vorgesehen. Über den Innovationsfonds werden 60 Millionen DM für eine zukunftsorientierte Umstrukturierung bereitgestellt. Das ist weit mehr als wir aus dem Rücklauf von Stellen eigentlich leisten mussten. Das war ein Teil des Systems von kommunizierenden Röhren, Aufwuchs in einem Innovationsfonds und Rückgang von Stellen im Rahmen der Kontingente. Wir finanzieren im Innovationsfonds deutlich mehr als der Stellenrückbau ausmacht, und zwar mehr als das Dreifache.

Wir haben weitere 10,8 Millionen DM als besondere innovative Vorhaben, wie z. B. Graduate Schools, vorgesehen und wir haben deutliche

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Schwerpunkte mit dem Bund gesetzt. Multimedia in der Hochschullehre z. B. ist ein ganz wesentliches Stichwort. Ich will das hier nicht weiter ausführen.

Natürlich kann man bei dem Informatikstudium immer sagen, das ist zu wenig. Wenn hier das Programm des Bundes als schmalbrüstig charakterisiert wird, bitte, man kann es so sagen. Aber zunächst einmal: Wir setzen es weiter um, auch in den weiteren Jahren. Wir stellen jährlich 5 Millionen DM zur Verfügung. Das ist auch nicht gerade Kleckerkram.

Aber ich will auch deutlich machen, gerade bei den Diskussionen um das Informatikstudium, und sehr darum werben und an Sie alle appellieren: Bitte, beziehen Sie diese Diskussionen, die wir auch bei den Werbungen für dieses Fach führen, nicht nur auf die Kerninformatik.

Wir laufen hier Gefahr, die so genannten Bindestrichinformatiken - also die anderen Bereiche -, in denen es erhebliche freie Kapazitäten gibt, zu vernachlässigen. Das ist nicht nur eine finanztechnische bzw. Auslastungsfrage, sondern auch eine Frage der Entwicklung; denn fachlich sind die Kombinationsstudiengänge von allerhöchster Bedeutung, was der Expertenrat noch einmal unterstrichen hat.

(B)

Das Stichwort "Frauenförderung" ist eben von Frau Dr. Seidl genannt worden. Wir haben hier die Mittel in der Titelgruppe 62 zusammengefasst. Einen Schwerpunkt bildet das Lise-Meitner-Habilitationsprogramm, dessen Umfang fast verdoppelt wird.

Auch das Stichwort der Internationalisierung ist schon gefallen. Auch hier werden die Mittel verstärkt, und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und exzellente Forschung zugleich stehen im Zentrum eines Sonderprogramms, das ich Ihnen schon vorgestellt habe. Die Änderungen, die über die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss eingebracht worden sind, unterstützen diesen wissenschaftspolitischen Kurs, und die hinzutretenden Mittel bilden einen äußerst willkommenen Schub von mehr als 16 Millionen DM zusätzlich.

Das alles ist in Zeiten knapper Kassen nicht leicht. Das alles bedeutet besondere Anstrengungen, und natürlich ist auch der Wissenschafts-

haushalt keine Kuh, die auf Erden gemolken, aber im Himmel gefüttert wird. Der Haushaltsentwurf aber, der Ihnen jetzt vorliegt, bietet mit den Änderungen, die über den Wissenschaftsausschuss eingebracht worden sind, in der Tat zukunftsweisende Perspektiven. Da freue ich mich über jede Unterstützung, die wir bekommen. - Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin Behler. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung zu Einzelplan 05. Die Abstimmung erfolgt morgen.

Ich rufe Nummer 2 auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in Drucksache 13/803 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in den Drucksachen 13/930 und 13/931 hin.

Zur Eröffnung der Beratung rufe ich Herrn Kruse von der CDU auf.

(D)

Theodor Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen und die Aussprache zum Einzelplan 03 beinhalten traditionsgemäß die Auseinandersetzungen über die Bewertung der inneren Sicherheit und die Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Ganz sicher bleibt unbestritten, dass wir sowohl ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen als auch ein ebenso entschlossenes Vorgehen gegen die Ursachen der Kriminalität benötigen.

Um es vorwegzunehmen: Die rot-grüne Landesregierung wird dieser sicherheitspolitischen Aufgabe nicht gerecht. Beleg hierfür ist die in der vergangenen Woche durch Sie, Herr Innenminister Behrens, vorgelegte und erläuterte Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2000.

Diese verdeutlicht, dass sich die Kriminalitätsrate in Nordrhein-Westfalen auf einem nach wie vor